

Antrag
der Fraktion DIE GRÜNEN

Reise einer Delegation des Deutschen Bundestages in die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert die Absage des Präsidenten der Türkischen Großen Nationalversammlung sowie der türkischen Regierung für die vom 18. bis 21. Juni 1984 geplante Reise einer Delegation des Deutschen Bundestages in die Türkei.

Die im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen bekräftigen ihren Entschluß, diese Fahrt zu unternehmen, um den Vorwürfen nachzugehen, die gegenüber der Türkei wegen Verletzungen von Menschenrechten erhoben werden.

Der Deutsche Bundestag erinnert in diesem Zusammenhang an die gemeinsame EntschlieÙung von 1981 (Drucksache 9/531), in der weitere Wirtschafts- und Militärhilfen an den türkischen Staat von der Wiedererrichtung der Demokratie abhängig gemacht wurden.

Bonn, den 14. Juni 1984

Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung

Einmütig haben sich die im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien am 30. März 1984 für die Bildung einer gemeinsamen Parlamentariergruppe ausgesprochen, die sich ein Bild machen sollte, ob die Menschenrechte in der Türkei gewahrt werden. Inzwischen kommen neue alarmierende Zeichen (Verfahren gegen die 1 256 Intellektuellen, weitere Todesstrafen, erneuter Hungerstreik in Istanbul), die die Notwendigkeit der Reise unterstreichen.

Wir halten es für notwendig, daß die gemeinsame Absichtserklärung gerade nach der brüskierenden Absage des vorgesehenen Termins in einen förmlichen Beschluß des Parlaments umgewandelt wird.

